

### „Verbände-Talk 2025“

#### Erwartungen des VIK an die Energie- und Klimaschutzpolitik der nächsten Bundesregierung

**Berlin 08. April 2025 – Zeitgleich mit den Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und SPD lud das Forum für Zukunftsenergien Vertreter verschiedener Verbände ein, ihre Erwartungen an die Energie- und Klimapolitik der nächsten Bundesregierung darzulegen und die vorläufigen Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen zu bewerten. Am 08. April 2025 war der Hauptgeschäftsführer des VIK, Christian Seyfert, zu Gast beim Forum für Zukunftsenergien.**

In seinem Eingangsstatement hob Seyfert die hohen Energiekosten als zentrales wirtschaftspolitisches Problem hervor, das dringend adressiert werden müsse. Diese seien maßgeblich verantwortlich für den Rückgang der Industrieproduktion in Deutschland, für das geringe Wirtschaftswachstum sowie für eine abnehmende internationale Wettbewerbsfähigkeit. Daraus resultierende Entwicklungen wie Stellenabbau und Standortverlagerungen gelte es ebenso zu stoppen wie den schleichenden Abbau bestehender Wertschöpfungs- und Lieferketten. Zur Senkung der Energiekosten forderte er unter anderem die Rückführung der Übertragungsnetzentgelte auf das Niveau von 2023, die Absenkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß sowie die Abschaffung der Gasspeicherumlage. Ein wettbewerbsfähiger Strompreis sei für den Standort Deutschland essenziell und stehe nicht grundsätzlich im Widerspruch zu Preissignalen, die systemisch notwendig seien. Vielmehr sei es entscheidend, zwischen sinnvollen Preisspitzen und überzogenen Belastungen zu unterscheiden, die deutlich über das erforderliche Maß hinausgingen. In diesem Zusammenhang bewertete Seyfert auch alternative Absicherungsmodelle, wie sie etwa von der DIHK und dem bne vorgeschlagen wurden, als grundsätzlich begrüßenswert, da sie die Kosteneffizienz im Blick behielten. Ob sie jedoch die angestrebten Ziele tatsächlich erreichen könnten, bliebe abzuwarten.

Die Einführung eines Industriestrompreises sei ebenfalls zu begrüßen, so Seyfert, solange dieser international wettbewerbsfähig sei. Die Erwartung, Industrieunternehmen müssten künftig eigenständig in Kraftwerkskapazitäten investieren, befand er hingegen als realitätsfern, da derartige Investitionen nicht zum Kerngeschäft der Unternehmen gehörten und nicht zur Voraussetzung gemacht werden dürften.

Auch mit Blick auf die Versorgungssicherheit mahnte Seyfert ein stringentes Vorgehen an. Ein Ausstieg aus bestehenden Energiequellen dürfe nur dann erfolgen, wenn ausreichende Ersatzleistungen zur Verfügung stünden, dies sei insbesondere beim Kohleausstieg zu beachten. Dunkelflauten und Strompreisspitzen im Zuge einer verfrühten Abschaltung fossiler Kapazitäten müssten vermieden werden. Ob die derzeit in Planung befindlichen zusätzlichen 20 GW Kraftwerksleistung ausreichen, hänge von den weiteren energiepolitischen Rahmenbedingungen ab. Weniger dürften es jedoch keinesfalls sein.

Zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen forderte Seyfert außerdem einen umfassenden Bürokratieabbau. Dieser solle durch eine Vereinfachung ökologischer

Ausgleichsmaßnahmen, eine Vermeidung von Überregulierung sowie durch eine Überarbeitung des Energieeffizienzgesetzes erreicht werden. Eine weitere Forderung betraf die stringente 1:1-Umsetzung europäischer Vorgaben in deutsches Recht, um rechtliche Doppelstrukturen zu vermeiden und Planbarkeit zu erhöhen. Darüber hinaus müsse Deutschland seiner Rolle als größte europäische Volkswirtschaft gerecht werden und auf EU-Ebene aktiver agieren.

Mit Blick auf die industrielle Basis Deutschlands zeigte sich Seyfert erfreut über ein zunehmendes gesellschaftliches Bewusstsein für deren Relevanz. Gleichwohl dürfe man sich nicht in langwierigen Strategieprozessen verlieren. Es gelte jetzt, politische Weichenstellungen vorzunehmen und regelmäßig zu überprüfen, an welchen Stellen die Transformation funktioniere und an welchen nicht.

Den Aufbau von Wasserstoff- und CO<sub>2</sub>-Infrastruktur als „überragendes öffentliches Interesse“ einzustufen, sei ein wichtiger Schritt, um Planbarkeit und Realisierungsgeschwindigkeit zu verbessern sowie Kosteneffekte zu erzielen, so Seyfert. Zwar könnten gesellschaftliche Akzeptanzprobleme auftreten, es müsse jedoch klar gemacht werden, dass die Bevölkerung von den Vorhaben letztlich profitiere. Die anfängliche Euphorie gegenüber Wasserstoffprojekten habe sich inzwischen gelegt. In der Industrie sei mittlerweile ein rationalerer Umgang mit Chancen und Risiken erkennbar. Dass die Wasserstoffproduktion voraussichtlich nicht in Deutschland stattfinden werde, sei eine Realität, der sich die Wirtschaft anpasse. Deshalb müsse bei der Auswahl von Importländern auf Kriterien wie die soziale und politische Situation vor Ort und die Zuverlässigkeit der Handelsbeziehung im Zusammenspiel miteinander geachtet werden. Seyfert betonte in diesem Zusammenhang, dass eine vertiefte Handelsbeziehung eine Chance darstellen könne, demokratische Strukturen in Partnerländern zu stärken.

Zur Unterstützung des Hochlaufs von CCS/U forderte Seyfert die Schaffung eines klaren regulatorischen Rahmens. Die Speicherung von CO<sub>2</sub> müsse sowohl offshore als auch onshore in Deutschland erlaubt werden, begleitet von einem Infrastrukturausbau, der auch grenzüberschreitende Kooperationen ermögliche. Auch der Einsatz von CCS/U bei Gaskraftwerken sei technisch unproblematisch, der vielfach befürchtete Lock-in-Effekt werde überbewertet. Für eine breite gesellschaftliche Akzeptanz sei ein offener Dialog seitens Politik und Industrie unerlässlich.

Wir danken dem VIK - Verband der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft e.V. für die Unterstützung sowie dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband für die Gastfreundschaft!

### **Über das Forum für Zukunftsenergien e.V.**

Das Forum für Zukunftsenergien engagiert sich als einzige branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft im vorparlamentarischen Raum in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-erneuerbare Energien sowie rationelle und sparsame Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Dem Verein gehören ca. 230 Mitglieder aus der Industrie, der Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung an.

#### **Kontakt:**

Forum für Zukunftsenergien e.V.  
Reinhardtstr. 3  
10117 Berlin

Tel.: 030 / 72 61 59 98 - 0  
Fax: 030 / 72 61 59 98 - 9  
[www.zukunftsenergien.de](http://www.zukunftsenergien.de)  
X (Twitter) [@FfZeV](https://twitter.com/FfZeV)  
LinkedIn [@FfZeV](https://www.linkedin.com/company/fz-ev)